



# Reden

25.02.2016

**Thema: Dringlichkeitsantrag - Parteiverbotsverfahren müssen sorgfältig überlegt sein - erst informieren und dann entscheiden**

**Florian Streibl (FW):**

Eine weitere Zwischenbemerkung vom Kollegen Streibl, bitte. – Ihr Mikrofon bitte, Herr Kollege.  
[zur Rede von Petra Guttenberger]

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Kollegin, das ist doch ein fast peinliches Rumgeeiere, ob das Huhn oder das Ei zuerst da war. Wenn ich den SPD-Antrag richtig lese, geht es um die Gründung einer Initiative, die prüft, ob ein Verbotsverfahren erfolgreich sein könnte. Außerdem soll Material gesammelt werden. In Ihrem Antrag geht es darum, einen Bericht zu fordern und abzuwarten. Mit einem Bericht prüfe ich auch, ob etwas erfolgreich sein kann. Über was soll man sonst berichten? In einem Bericht werden Kriterien festgelegt, die aussagen, was zu tun ist und was gemacht werden kann. Zwar verwenden Sie unterschiedliche Begriffe, der Inhalt ist aber sehr ähnlich. Ich verstehe Ihre Haltung nicht. Im Grunde sollten wir als Hohes Haus in diesem Punkt einig sein und gemeinsam gegen diese Gefahren angehen. Wir sollten als streitbare und wehrhafte Demokratie wahrgenommen werden. Deshalb appelliere ich an Sie, die vorliegenden Anträge im Sinne unserer Demokratie und freiheitlichen Werteordnung gemeinsam zu tragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Den Informationen, die schon in den Medien herumgeistern, kann man entnehmen, dass dies schon die Nachfolgeorganisationen im Falle eines Verbots der NPD sind, in welche die Mitglieder wechseln werden. Deshalb sollte man die Voraussetzungen für ein Verbotsverfahren prüfen. Deshalb werden wir dem Antrag der SPD beitreten.

Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht vergessen, die Bundesrepublik Deutschland und auch der Freistaat Bayern sind aus dem Blut, das in dem Unrechtssystem des Nationalsozialismus geflossen ist, geboren. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, dass so etwas nie wieder passieren darf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

In einem solchen Unrechtssystem herrscht ein ganz bestimmtes Menschenbild vor, das wir nicht teilen und auch nicht teilen wollen. Dabei handelt es sich um ein menschenverachtendes



**BAYERISCHER LANDTAG  
ABGEORDNETER  
Florian Streibl**

Bild, das den Menschen herabwürdigt und demütigt. Den Menschen wird nicht mit Respekt und Toleranz begegnet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Diesem Menschenbild müssen wir als Demokraten entgegentreten. Das ist die Aufgabe. Wir müssen für eine freie, offene und tolerante Gesellschaft stehen, in der jeder sein Lebensglück finden kann. Dafür müssen wir eintreten. Wir sollten Geschlossenheit zeigen. Wir sollten nicht herumhampeln und sagen, was vielleicht sein könnte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Das ist unwürdig für dieses Haus. Man kann auch etwas im Vorfeld prüfen. Wir sollten Geschlossenheit zeigen. Wir sind eine streitbare Demokratie, die wehrhaft ist, Dinge beim Namen nennt und klare Schranken setzt für unsere Bürger und für unsere Freiheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht damit anfangen, braunes Gedankengut stillschweigend salonfähig zu machen. Damit wird einer Menschenverachtung Vorschub geleistet. Als Demokraten müssen wir geschlossen dastehen. Wir müssen eine gemeinsame Kultur entwickeln. In einem Punkt gebe ich Ihnen recht: Ein Verbot alleine nützt nichts. Wir müssen das Problem an der Wurzel lösen. Dafür sind Bildung und Aufklärung ganz wichtig. Dort müssen wir ansetzen. Wir müssen wesentlich mehr machen. Deshalb warne ich davor, diese Themen zum Spielball unserer politischen Diskussionen zu machen. Wir sollten ein klares Zeichen setzen. Deshalb werden wir beiden Anträgen zustimmen. Wir werden uns nicht verweigern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)